

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
**25 Silbergroschen,**  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
**1 Thlr. 1/4 sgr.**  
Expedition:  
Krautmarkt Nr. 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbark's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

**No. 26. Donnerstag, den 31. Januar 1850.**

Berlin, vom 31. Januar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Kammerherrn Grafen von Galen zu Allerhöchstem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich sächsischen Hofe und bei den thüringischen Staaten zu ernennen.

## Deutschland.

Berlin, 30. Januar. (104. Sitzung der ersten Kammer am 29ten Januar.) Die Sitzung wird um 7 1/2 Uhr Abends durch den Präsidenten v. Auerswald eröffnet. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls, wird die Verhandlung über die Königl. Proposition fortgesetzt und zwar wird die Debatte über Proposition No. 1. (Art. 29 zu streichen) eröffnet. Nachdem Abg. Risler gegen dieselbe gesprochen, wird sie, gemäß des Beschlusses der zweiten Kammer, angenommen.

No. 2. (Zusatz über den Landsturm) wird ohne Debatte, wie in der zweiten Kammer, ebenfalls angenommen.

No. 3. (betreffend die Bürgerwehr), angenommen.

No. 5. (über die Verantwortlichkeit der Minister) abgelehnt. Der Antrag des Abg. Tamnau zur Abstimmung gebracht und abgelehnt.

No. 5. wird hierauf in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer abgelehnt.

No. 6. (betreffend die Fristen für Einberufung der Kammern nach einer Auflösung) wird ohne Debatte, in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer angenommen.

Nr. 9 (über die Wahlbezirke zur Wahl der zweiten Kammer) wird nach den Beschlüssen der zweiten Kammer in der von derselben veränderten Fassung angenommen.

Nr. 10, betreffend den besonderen Gerichtshof, wird zur Abstimmung gebracht. Im Ganzen stimmten mit Ja 130, mit Nein 31. Die von der zweiten Kammer modificirte Proposition ist demnach angenommen.

Nr. 11 über die Genehmigung der vorgesezten Behörden zur Verfolgung von Beamten, ohne Debatte angenommen.

Nr. 12 über Vertretung und Verwaltung der Gemeinden etc., ebenfalls angenommen.

Nr. 13, betreffend die Rechtsgültigkeit von Verordnungen, giebt zu einer längeren Debatte Anlaß. Mit Ja stimmen 120, mit Nein 44. Die Proposition ist also angenommen.

Nr. 14, betreffend den Eid, der dem König und der Verfassung zu leisten ist, wird von der Kommission zur Annahme empfohlen und die Proposition angenommen.

Nr. 15 (über das Wahlgesetz) wird ohne Debatte angenommen.

Nr. 8 (betreffend die Bildung der ersten Kammer) wird hierauf zur Diskussion gestellt. Mit Ja stimmen 97, mit Nein 60. Der Beschluß der zweiten Kammer ist also angenommen.

Nr. 7 (Finanz-Entwürfe betreffend) wird nach kurzer Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Kammer in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmen 106. Dagegen 53.

Nr. 4 (über Lehen und Fideikomisse) kommt zuletzt zur Diskussion. Die Kommission schlägt vor, dieselbe in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer abzulehnen.

Bei namentlicher Abstimmung wird der Ausschuß-Antrag mit 94 gegen 65 Stimmen angenommen.

Schluß 1/4 Uhr Nachts.

Berlin, 30. Januar. Nach Eröffnung (12 1/4 Uhr) der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wird ein Schreiben des Justizministers zur weitem Veranlassung mitgetheilt, mit dem Bemerkten, daß die Erste Kammer die darin erbetene Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung des Redakteurs des „Freimithigen an der Hardt“ wegen eines die Kammer beleidigenden Artikels nicht ertheilt habe. Die Majorität der zweiten Kammer erklärt sich gleichfalls gegen die Verfolgung.

Auf der Tagesordnung steht der Commissionsbericht über die Anträge und Petitionen, betreffend die Regelung der Verhältnisse der zur Beschaffung der militairischen Bedürfnisse bestimmten Werkstätten und Fabriken der Militair-Verwaltung.

Die Commission beantragt, in Erwägung, daß die sonst erforderlich werdenden Aenderungen, nach den Zusagen der Regierungs-Commission ohnedies eingeführt werden würden, die Anträge und Petitionen lediglich den betreffenden Ministerien zur geneigten Berücksichtigung zu empfehlen.

Der Commissionsantrag wird nach einer längeren Debatte angenommen, ebenso geht die Kammer über einen anderen Antrag, das Gesetz über den Holzdiebstahl betreffend, zur Tagesordnung über.

(Schluß 2 1/2 Uhr.)

Berlin, 30. Januar. Der Minister des Innern hat gestern in zwei Berliner Wahlkreisen, dem 2ten und 3ten, gesprochen. Im 3ten ist derselbe in einer Vorwahl von 180 anwesenden Wahlmännern mit 176 Stimmen gewählt worden. Unter den vier Gegnern befand sich der Kandidat selbst. Es ist unter den 4 Berliner Wahlkreisen ein förmlicher Wahlfreitag wegen dieses Kandidaten gewesen. Durch Verabredung ist man dahin übereingekommen, denselben demjenigen Wahlkreise zu überlassen, wo er selbst Wahlmann ist. Die bestimmtere Erklärung des Ministerpräsidenten v. Brandenburg geht dahin, daß derselbe die etwa auf ihn fallende Wahl zum Abgeordneten in das Volkshaus zu Erfurt bereitwillig annehmen werde. Diese Erklärung ist abgegeben worden an die aus dem Fürsten Radziwill, Herrn v. Meding und Professor Hensel bestehende Deputation. In der Rede des Herrn v. Manteuffel waren die Gedanken am hervorstechendsten, daß Preußen eine hohe weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen habe. Er gehöre nicht zu denen, welche die Nichterfüllung derselben für Preußen für gefahrlos halten, sondern müsse erklären, daß Preußen bei diesem Einigungswerk nicht erobern wolle, sondern das zu erzielen habe, was Preußen und den deutschen Staaten gemeinschaftlich fromme; zur Erreichung dieses Zieles müsse Preußen auf dem offenen ehrlichen Wege verharren, die Zeit werde dann lehren, ob diese Offenheit und Ehrlichkeit oder diplomatische Spitzfindigkeiten und Winkelzüge den Sieg davontragen würden (rauschender Beifall), endlich in Betreff des auf dem Erfurter Reichstage rücksichtlich der Feststellung der Verfassung einzuschlagenden Weges müsse er sich jede Uebereilung erklären (großer Beifall), indem seiner Ansicht nach eine Ueberstürzung nicht zu dem gewünschten Ziele führen könne. Die Rede des Grafen Brandenburg sprach sich in demselben Sinne aus, und schloß mit den Worten: Ein einiges starkes Preußen, ein einiges starkes Deutschland! — Der Herr Minister v. Ladenberg erklärte sich dahin, daß, da er gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines neuen Unterrichts- und Medizinalgesetzes beschäftigt sei, er eine Wahl für Erfurt nicht füglich annehmen könne. Auch der Herr Minister v. Strotha hat abgelehnt. Herr v. Radowis hat erklärt, daß er die auf ihn in der Stadt Erfurt fallende Wahl annehmen werde.

— Beim englischen Gesandten, Grafen Westmoreland, fand vorgestern großes Souper und Ball statt, wozu zahlreiche Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen waren Ihre Excellenzen der Ministerpräsident Graf Brandenburg, Minister v. Manteuffel, General v. Wrangel, so wie eine große Anzahl von Offizieren der Garnison. Um halb 10 Uhr zählte man gegen 200 Equipagen, die noch im Vorfahren begriffen waren.

Berlin, 30. Januar. Wir erwähnten neulich des Spuks, der mit einem neuen großdeutschen Beglückungsversuch in Gestalt eines Vierkönigs-Entwurfs getrieben werden sollte, und waren damals der Meinung, abwarten zu wollen, was aus den (kaiserlichen) Nebeln emportauchen würde. Obgleich von dieser angeblich neuesten Gestaltung der Dinge noch keine deutlichen Contouren dem gewöhnlichen Menschenauge sichtbar geworden sind, so finden sich doch in einigen der Sache scheinbar näher stehenden Blättern sogenannte Indizien, die auf eine Art von großdeutschem Gestaltungsprozeß schließen lassen; wir meinen nämlich die bereits erwähnte Erklärung im Würtemb. St.-A., welche in die N. M. Ztg. zweimal, erst im kürzern euphemistischen Bülletinstil, und dann ihrem ganzen Umfange nach mit einer freudestrahlenden Einleitung übergegangen ist. Diese Einleitung des Münchener Blattes zu der Erklärung des würtemberger St.-A. enthält einige immerhin beachtenswerthe, wenn auch, wie es uns fast scheinen möchte, unbedachte Ausdrücke, indem darin von der „Hoffnung aller (?) Vaterlandsfreunde“ gesprochen wird, endlich eine Einigung der bedeutenderen (?) deutschen Regierungen in der deutschen Verfassungsfrage zu Stande kommen zu sehen. — Einen nähern Blick in die Werkstätte dieser Hoffungsgeburt läßt uns gleichzeitig der Nürnberger Correspondent thun, dem das Münchener Blatt seit Kurzem bekanntlich nicht mehr recht wohl will, wenn er mittheilt, daß der Entwurf (auf den die Hoffnung aller etc. — und von dem zuerst der würt. St.-A. den mysteriösen Schleier löst) eine Arbeit des Herrn v. d. Pfordten sei; dieser habe bei den Konferenzen vor etwa 6 bis 8 Wochen mit Herrn v. Beust und Herrn v. Schlayer, deren Zweck indessen nicht die Verabredung über eine Gegenverfassung war, den Letzteren den Entwurf vorgelegt; und wie der Nürnberg. Correspondent wissen will, zeigten sich diese damit einverstanden, — jedoch nicht in ihrer offiziellen Eigenschaft. Herr v. d. Pfordten habe später, nach dem 7ten d. M., seinen Entwurf nach Wien geschickt, von dort aber

keine günstige Antwort bekommen; deshalb werde vorerst nur mit den Kö- nigreichen unterhandelt. Es liegt in diesen Mittheilungen, die wir natür- lich am allerwenigsten verbürgen mögen, hin und wieder ein kleiner Wider- spruch mit der Erklärung des Würt. St. A. und der dazu von der R. M. Ztg. gemachten Einleitung, jedoch mag dies auf sich beruhen, zumal da dem ganzen Unternehmen wohl mehr ein theoretisches Interesse als eine prak- tische Bedeutung zuzuwenden sein dürfte. Inzwischen beschäftigt sich mit einer sehr scharfen und abwehrenden Kritik des zur Oberfläche der Tages- kunde gelangten Projectes die Würt. Ztg.; sie steht den hierbei zur Sprache kommenden Verhältnissen nahe genug, um ein sachlich gerechtfertigtes Ur- theil fällen zu können. Vielleicht ergibt sich auch für uns noch später Ge- legenheit, auf das Project, falls es mehr Konsistenz gewinnen sollte, zu- rückzukommen. (D. R.)

— Der ministerielle Entwurf des neuen Gesetzes, betreffend die Un- terstützung der bedürftigen Familien zum Dienst Einberufenen Reserve- und Landwehrmannschaften lautet wie folgt: §. 1. Die Reserve- und Land- wehrmannschaften sollen, sobald sie zum Kriege oder wegen außerordent- licher Zusammenziehung der Reserve oder der Landwehr einberufen werden, für ihre Familien, im Falle der Bedürftigkeit, eine Unterstützung nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes erhalten. §. 2. Hinsichtlich des An- spruchs auf Unterstützung (§. 1.) werden als zur Familie gehörig betrach- tet: die Ehefrau des zum Dienst Einberufenen und dessen Kinder unter 14 Jahren. Auch können dahin noch gerechnet werden: die Kinder über 14 Jahren, so wie Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister, insofern sie von dem zum Dienst Einberufenen unterhalten werden müssen. Da- gegen sind entferntere Verwandte, geschiedene Ehefrauen und uneheliche Kinder von der Berechtigung zum Empfang einer Unterstützung ausge- schlossen. §. 3. Die Verpflichtung zur Unterstützung dieser Familien (§§. 1., 2.) wird den Kreisen auferlegt. Ausgenommen hiervon bleibt die den Familien der Landwehr-Offiziere in den Fällen des §. 1. zu gewährende Unterstützung; diese wird in gleicher Weise wie hinsichtlich der Familien der Offiziere des stehenden Heeres aus dem Militär-Fonds bestritten. §. 4. Die Unterstützungs-Bedürftigkeit der Familie muß in jedem einzel- nen Falle nachgewiesen werden. Jedoch soll er dieses Nachweises in der Regel hinsichtlich der Familien Derjenigen nicht bedürfen, welche in eine der beiden letzten Stufen der Klassensteuer eingeschätzt sind, oder dahin einzuschätzen gewesen wären, wenn an ihrem Wohnort Klassensteuer er- hoben würde. §. 5. Die Kreis-Unterstützung soll mindestens bestehen in: a) der Befreiung von den Gemeinde- und Kreislasten; b) freier ärztlicher Behandlung und Arznei in Krankheitsfällen; c) freiem Schulunterricht; d) einer monatlichen Geld-Unterstützung von 1 Thlr. 10 Sgr. (in größe- ren Städten von 2 Thlr.) für die Ehefrau, und von 15 Sgr. für jedes Kind unter 14 Jahren; e) einer halben Klafter hartes Knüppelholz monatlich nebst freier Anfuhr für jede Familie, während der Zeit vom 1sten November bis zum 1sten April, oder in der Verabfolgung anderen Brenn- materials von gleichem Werthe. Die Geldunterstützung kann theilweise durch Lieferung von Brodfröhen oder Kartoffeln ersetzt werden. §. 6. In jedem Kreise wird eine Unterstützungs-Kommission gebildet, welche a) so- wohl über die Unterstützungs-Bedürftigkeit der betreffenden Familien, als auch b) unter sorgfältiger Berücksichtigung der Arbeitsfähigkeit derselben, über den Umfang und die Art der ihnen zu gewährenden Unterstützung, nachdem der Ortsvorstand darüber gehört worden, mit Beachtung der Vorschriften des §. 5. endgültig zu entscheiden, und c) die pünktliche Ge- währung der bewilligten Unterstützung zu überwachen hat. §. 7. Die Un- terstützungs-Kommission besteht aus dem Landrath als Vorsitzenden und vier von dem Kreis-Ausschuß aus den Kreiseinsassen zu wählenden Mitglie- dern. In denjenigen Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise ge- hören, wird von dem Bürgermeister, insofern derselbe nicht selbst den Vor- sitz in der Kommission übernehmen kann, der Vorsitzende aus dem Ge- meinde-Vorstande ernannt. Die übrigen Mitglieder der Kommission wer- den in diesen Städten von der Gemeinde-Vertretung aus der Stadtge- meinde gewählt. Einer jeden Unterstützungs-Kommission wird ein von dem betreffenden Landwehr-Bataillons-Kommando zu wählender Offizier beige- geordnet. §. 8. Die Kommission (§. 7.) kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder zugegen ist. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vor- sitzenden entscheidend. Der der Kommission beigeordnete Offizier nimmt an den Verhandlungen Theil, hat aber keine entscheidende Stimme. §. 9. Die von der Kommission (§. 7.) festgestellte Kreis-Unterstützung wird den Familien in halbmonatlichen Raten verabreicht und der dazu erforderliche Fonds nöthigen Falls nach dem Verhältnis der sonstigen Kreis-Kommunal- Beiträge aufgebracht. Die Gewährung beginnt mit dem Abmarsch des zum Dienst Einberufenen aus der Heimath und endigt in der Regel mit dessen Rückkehr. Unterstützungen der Privat-Vereine und einzelner Privat- Personen dürfen auf die bewilligte Kreis-Unterstützung nicht angerechnet werden. §. 10. Den Familien Derjenigen, welche, während sie im activen Dienst sich befinden, a) der Desertion sich schuldig machen, b) durch ge- richtliches Erkenntnis zur Festungsstrafe oder zu einer härteren Strafe ver- urtheilt werden, oder c) sich selbst entleiben, wird die bewilligte Kreis- Un- terstützung nicht weiter gewährt, sobald die Nachricht davon bei der Un- terstützungs-Kommission eingeht, welcher von solchen Fällen durch die Trup- penbefehlshaber sofort Kenntniß zu geben ist. §. 11. Den Familien Der- jenigen, welche im Gefecht getödtet werden, oder in Folge einer Beschädi- gung im Dienst oder einer durch den Dienst veranlaßten Krankheit vor ihrer Entlassung in die Heimath sterben, wird noch ein Jahr lang, vom Todestage des Familienvaters gerechnet, die bewilligte Kreis-Unterstützung belassen. (B. 3.)

— Der finanzielle Zustand der allgemeinen Wittwen-Verpfle- gungs-Anstalt erwies sich bei der Berathung als ein sehr trauriger und nimmt die Staatszuschüsse ganz bedeutend in Anspruch. Es sind zwar erneute Reformen verheißt worden (nachdem man schon 1831 kleine Heil- mittel versuchte), man hat ferner kleine Ersparungen angebracht, indessen behält diese Anstalt doch so lange den Wurm in sich, bis man sich ent- schließen wird festzustellen, daß (unter bestimmtem Zuschusse der Staats- kasse) die jährlichen Einkünfte der Anstalt nach Verhältnis der Beiträge unter die Berechtigten vertheilt werden sollen. Ein fester Pensionsfuß dagegen bedingt nothwendig entweder den Bankerut, oder stets wachsende Ansprüche an Staatszuschuß. Zu den Ausgaben des Instituts für 1850 von über einer Million hat der Staat über 578,000 Thlr. zuzuschießen.

— Das hiesige Appellationsgericht hat gegenwärtig eine Entscheidung

getroffen, welche für den Geschäftsverkehr von großem Nutzen sein wird. Es existirt nämlich schon seit Jahren in der Provinz Brandenburg eine Reihe von Betrügnern, welche ein einträgliches Geschäft daraus machen, die Landleute durch Abschließung hinterlistiger Kaufkontrakte um ihre Grundstücke zu betrügen. Sie bieten hohe Preise und geben sich für reiche Leute aus, nehmen aber in die weitläufige Kaufpunktion die Bestimmung auf, daß die Zahlung des Kaufgeldes erst mehrere Wochen nach der Uebergabe des Grundstückes und der Besitztüthberechtigung erfolgen soll, und daß für diese Zeit eine hypothekarische Sicherstellung des Kaufgeldes nicht erforderlich wird. Sind sie in solcher Weise in Besitz des Grundstückes gelangt, so verkaufen sie dasselbe sofort, und sie wissen sich für ihre Per- son sehr leicht durch die bekannten Mittel gegen Exekutionen zu sichern. Gewöhnlich nimmt die Sache den Ausgang, daß der Betrogene, wenn er den Betrug merkt, sich mit einer bedeutenden Conventionalstrafe von dem nachtheiligen Kontrakte loskauft. Es ist unglücklich, welche Unerfahren- heit und Unvorsichtigkeit die Landleute bei solchen Kontrakten oftmals be- obachten. Die Strafgesetze gewähren gegen diese Betrügereien nur eine geringe Hülfe, da der Beweis gewöhnlich schwer zu führen ist. Ein Feld- messer in Neu-Ruppin hat sich besonders in Abschließung solcher Kontrakte ausgezeichnet, und er ist seit mehreren Jahren ein Schrecken in der Pro- vinz Brandenburg gewesen. Der Staats-Anwalt zu Neu-Ruppin hat das Treiben desselben endlich vor Gericht gezogen und so wurde er vom Kreis- gericht zu Neu-Ruppin unter Anklage gestellt; zweiundzwanzig Betrügereien der bezeichneten Art gelangten zur gerichtlichen Entscheidung. Der Kauf- preis der erschwindelten Grundstücke betrug im Ganzen 642,000 Thlr. Der Gerichtshof erster Instanz erkannte den Angeklagten in den meisten Fällen für schuldig, und verurtheilte ihn zu einer Geldbuße von 93,000 Thlr. oder 10 Jahre Zuchthaus. Hiergegen hatten sowohl der Angeklagte, als der Staats-Anwalt appellirt. Der Appellationshof hat sich dahin ent- schieden, daß der Angeklagte mit 61,000 Thlr. Strafe oder 8 Jahr Zucht- haus und 3 Monat Gefängnis zu belegen sei. Es war dieser Prozeß so umfangreich, daß derselbe in erster Instanz 4 Tage und zwar bis Abends 11 und Nachts 2 Uhr gedauert hat. Auch in zweiter Instanz währte die Entscheidung bis zum späten Abend. (B. 3.)

— Der Staatsgerichtshof, welcher in Folge des gegenwärtigen Ab- schlusses des Verfassungswerks durch ein Gesetz festgestellt werden soll, wird dem Vernehmen nach aus Mitgliedern des Obertribunals als Richter und aus Mitgliedern der zweiten Kammer als Geschworne bestehen. Man glaubt nicht, daß der Gerichtshof sofort ins Leben treten und überhaupt permanent sein wird, sondern derselbe wird wahrscheinlich nur in einzelnen Fällen konstituiert werden. (Bost. 3.)

— Der Goldarbeiter Biety, welcher an der Spitze der hiesigen Ar- beiterverbrüderung steht, ist von hier ausgewiesen worden.

— Seit Kurzem hat man das Institut der Schutzmänner wieder durch neue Anstellungen, meist von gedienten Unteroffizieren, komplettirt, so daß jetzt die Zahl von 1400 wieder voll sein soll.

— Vorgestern fand in der Tabagie zum Chinesischen Himmel eine arge Schlägerei statt. Die Schutzleute ließen scharf ein und mehrere Per- sonen sollen erheblich verletzt sein.

— Wie wir vernehmen, ist der schwer erkrankte Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Schleinitz, erfreulicher Weise gegenwärtig außer Lebensgefahr.

— Der Vorstand des Handwerker-Zinnungs-Vereins in Magdeburg hat einen Vereinstag nach Stettin ausgeschrieben, der aber wohl wird aus- fallen müssen, da die Zinnungs-Vereine fast aller Provinzen sich dagegen ausgesprochen haben. Auch der Berliner Central-Zinnungs-Verein will nicht darauf eingehen, wie es scheint, weil unter den einzelnen Vereinen schon Spaltungen herrschen, und Berlin sich dadurch gekränkt fühlt, daß Magdeburg vorgegriffen hat. (Const. 3.)

Magdeburg, 26. Januar. Von dem großen Brandunglück, welches unsere Stadt in der Nacht vom 23sten zum 24sten d. Mts. betroffen, ist Ihnen bereits Nachricht zugegangen. Ich füge nur das noch hinzu, daß die verschiedenartigsten zufälligen Umstände es im vorliegenden Falle be- wirkt haben, daß das Feuer gegen zwanzig Gebäude mit ihrem theilweis sehr kostbaren Inhalt zerstören konnte, ehe demselben durch unsere sonst rühmlichwerthen Lösch-Anstalten Einhalt gethan wurde. Theils hatte das eine halbe Stunde früher in der (in der Neuen Neustadt belegenen) Pieau- schen Fabrik ausgebrochene große Feuer viele Löschmannschaften aus der Stadt dort hingezogen, theils waren die Wasserkinste gänzlich unergiebig an Wasser, was, wie man hört, an dem eben erst gewichenen Frost, aber auch an der Maschine der großen Wasserkunst an der Elbe gelegen haben soll, theils war der erst kürzlich eingetretene, neue Verwalter des Polizei- Direktoriums mit den Lokalitäten und den üblichen Lösch-Einrichtungen, wie leicht erklärlich, nicht vertraut genug, und endlich war der gereifte feine und schwere Liqueur- und Punsch-Extrakt, der in den Räumen des Meier'schen Hauses wörtlich gekoffen sein soll, für die Löschmannschaften ein so seltener Fund, daß die „Feuermänner“ ihm unterlagen. Gegen- wärtig ist das Feuer gänzlich unterdrückt, und die gewaltigen unterirdischen, mit Spiritus angefüllten Reservoirs in der Meier'schen Fabrik sind völlig geborgen. Rühmend muß aber noch die Rührigkeit unseres Militärs, und die große Thätigkeit sehr vieler Offiziere anerkannt werden, welche letztere viele Stunden lang beim Löschten und Wasser-Herbeischaften u. s. w. sich eifrigst betheiligten. (Const. 3.)

Erfurt, 28. Januar. Wie es heißt, sollen während der Parla- ments-Sitzungen 100 Konstabler, von welchen Berlin 50 senden wird, hier postirt werden.

— Die Augustiner Gemeinde hat bei der Uebergabe ihrer Kirche zum deutschen Reichstage unter andern auch die Bedingung gestellt, daß an deren Einrichtung, wie dringlich sie auch werden möge, doch keinen Son- tag dürfe gearbeitet werden. Was wäre es auch weiter, wenn die riesen- mäßige Umwandlung der Räume, welche in acht Wochen soll fertig werden, um der acht Feiertage willen eine Woche länger dauerte? — (N. P. 3.)

Koblenz, 26. Januar. Gestern kam unter starker Bedeckung Infanterie vom 40. Regiment ein Transport von 17 Mann gefangener Freischärler in hie- sigen Arresthause an; sie kamen zunächst von Mainz, wohin sie vor einiger Zeit von Nassau, allwo sie verurtheilt wurden, gebracht worden waren. Dieselben werden morgen ebenfalls wieder unter starker Eskorte ihren Marsch nach Weiden antreten, um alda ihre Strafreise abzuschließen. Sämmtliche sind preussische Unter- thanen und zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. (Nth. u. M.-3.)

**Dresden, 27. Januar.** Es ist vielfach davon die Rede gewesen, daß die hiesigen Ausschüsse für die deutsche Frage in Folge der Berliner Krisis ihre Thätigkeit eingestellt hätten. Dies ist, in dieser Weise ausgedrückt, unwar. Der von dem Ausschusse der 1. Kammer (der 2. Kammer liegt zur Zeit noch nichts vor) bestellte Referent, Vicepräsident Schenk, arbeitet vielmehr ruhig fort, und nur so viel ist richtig, daß die Berliner Vorfälle auf die anfänglich beabsichtigte Beschleunigung einen lähmenden Einfluß gehabt haben. Nicht wenig trägt aber auch dazu die große Meinungsverschiedenheit bei, welche unter den Ausschussmitgliedern selbst herrscht. (Dr. J.)

**München, 26. Januar.** Ueber die Verhandlungen wegen eines „großdeutschen Verfassungsvorschlags“, von welchem in den letzten Tagen viel die Rede war, erhalten wir einige nähere Andeutungen: Der Entwurf sei eine Arbeit des Herrn v. d. Pfordten, welcher bei jenen Conferenzen vor etwa sechs bis sieben Wochen mit Herrn v. Beust und Herrn v. Schlayer, deren Zweck indessen nicht die Verabredung über eine Gegenverfassung war, den Letztern den Entwurf vorlegte. Diese zeigten sich damit, jedoch nicht in ihrer offiziellen Eigenschaft, einverstanden. Nach dem Erscheinen der königlich preussischen Botschaft habe Herr v. d. Pfordten den Entwurf nach Wien gesendet, von wo jedoch keine günstige Antwort gekommen sei. Dies soll der Inhalt der telegraphischen Depesche vom 16. Januar, von welcher die Allgemeine Zeitung sprach, gewesen sein, Sonach werde vorerst nur mit den Königreichen unterhandelt. Dies würde mit den Mahnrufen an Oesterreich zu positiven Vorschlägen in einer der jüngsten Nummern der Neuen Münchner Zeitung wohl stimmen. (N.R.)

**Karlsruhe, 26. Januar.** Geh. Rath Welcker hatte als Bundestagsgesandter, wie später als Bevollmächtigter, die budgetmäßige Summe als Besoldung und Repräsentationsgelder bezogen. Nachdem die Nationalversammlung aufgehört hätte und die Centralgewalt nicht mehr allgemein anerkannt war, hatte Welcker im Juni um Enthebung von seinem Posten gebeten; er wiederholte dieses Gesuch nach etwa zwei Monaten, und erhielt Urlaub zu einer Reise. Er bot den Verzicht auf seine Repräsentationsgelder an und das Anerbieten wurde mit Dank angenommen. Seinem Gesuch um Enthebung von seinem Posten wurde erst gegen Ende des Jahres entsprochen. (D. J.)

**Kastatt, 24. Januar.** Heute trifft General von Scharnhorst als Gouverneur der Bundesfestung dahier ein. Der General hat sich jedweden Empfang verbeten und wird später das Offizier-Corps sich vorstellen lassen, auch wird er seine Wohnung nicht im Schlosse, sondern in einem Gasthose beziehen. (Es wird jedoch gemeldet, daß er an dem Tage noch nicht eingetroffen sei.)

**Heidelberg, 26. Januar.** Gestern Abend wurde hier der ehemalige Bürgermeister, Buchhändler Winter, Vater, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht; der Grund ist, wie es heißt, eine Anklage auf Hochverrath. (D. Jtg.)

**Konstanz, 21. Januar.** Das Hofgericht des Seckreises hat in letzter Zeit mehrere Urtheile gegen Schullehrer erlassen, welche sich bei dem letzten Aufstande mehr oder minder beteiligten. Einige wurden je zu ein Jahr, 9 Monaten Zuchthaus und 3 Monaten Arbeitshaus verurtheilt. Einige Schullehrer wurden für klagfrei erklärt; der Staatsanwalt hat aber hiergegen den Rekurs ergriffen. (B. M.)

**Frankfurt a. M., 25. Januar.** Der königlich bayerische General-Major, Herr von Klander hat in der heute Vormittag stattgehabten Sitzung der hohen Bundes-Central-Kommission seine Kreditive als Bevollmächtigter Bayerns überreicht. Der königlich preussische Hauptmann, Herr Roulland, ist hier eingetroffen und hat seine Functionen bei der Ingenieur-Abtheilung der hohen Bundes-Kommission sogleich angetreten. Das Personal der sämtlichen Aemter dieser Kommission ist somit komplett. (F. J.)

**Kiel, 27. Januar.** Gestern ist die Antwort der Vertrauensmänner nach Kopenhagen abgesandt, dieselbe ist kurz gefaßt und lehnt in ziemlich entschiedener Sprache unter den gegebenen Verhältnissen jede fernere Theilnahme an den Vermittelungsversuchen ab; es wird noch ganz besonders auf die vertragsmäßige Stellung der Herzogthümer mit Dänemark für den Fall ausbrechender Differenzen hingewiesen, in welchem eine Vermittelung durch eine gleiche Anzahl Männer des Königreichs und der Herzogthümer ausdrücklich festgestellt ist, wodurch die Meinung: daß zwischen Unterthanen einer und derselben Monarchie keine Unterhandlungen stattfinden können, erledigt wird; auch ist bemerkt, daß die Herzogthümer nicht Unterthanen des Königs von Dänemark, sondern des Herzogs von Schleswig-Holstein sind, und wenn diese beiden Eigenschaften in der Person des Königs von Dänemark zusammentreffen, so präjudicire dieses nicht die gemachte Voraussetzung der Unterthanen einer und derselben Monarchie. Von unzweifelhaft bedeutender Wichtigkeit für die Sache der Herzogthümer ist das gestern an die Statthalterchaft gerichtete Schreiben der Central-Bundeskommision in Frankfurt. Es wurde sogleich, noch spät Abends, eine gemeinsame Sitzung der Landes-Versammlung anberaumt, in welcher derselben das Schreiben vorgelegt wurde. Ueber den speziellen Inhalt können wir bis jetzt nichts Genaueres erfahren; doch ist uns mehrfach mitgetheilt worden, daß dasselbe direkt an die alten Beschlüsse des Bundestages anknüpfe, welche in unserer Frage bekanntlich sehr günstig lauteten und die Rechte der Herzogthümer kräftig wahrten. Die freudigen Gesichter der Mitglieder der Landesversammlung, so wie die günstigen Gerüchte, welche sich in unserer Stadt dieserhalb verbreiteten, scheinen wohl Zeugniß dafür zu sein, daß der Inhalt jenes Schreibens ein höchst günstiger für die nächste Zukunft unserer Sache sein wird. Wir sind vielleicht schon morgen im Stande, den Inhalt des besagten Schreibens mitzutheilen. (D. Ref.)

**Mendenburg, 25. Januar.** Heute fand die feierliche Bestattung des Hauptmanns von Clausen, früher Commandeur der 4ten Compagnie des 2ten Schleswig-holsteinischen Infanterie-Bataillons, statt. Seine Compagnie marschirte, wie das üblich ist, dem Leichenwagen in voller Rüstung voraus, welchem fast alle Offiziere der Garnison und viele Soldaten folgten. Obgleich im nördlichen Schleswig geboren, und auf der Akademie in Kopenhagen zum Offizier ausgebildet, konnte doch Niemand mehr als der Verstorbene von der Berechtigung der Schleswig-holsteinischen Sache durchdrungen sein, Niemand entschiedener als er dieselbe vertreten. Er war der letzte Offizier, der von den Zeiten des 16ten Bataillons noch bei dem jetzigen 3ten verblieben war. Alle anderen Offiziere desselben, die im Schleswig-holsteinischen Dienste blieben, sind theils zu selbstständigen Commandos gelangt und noch gegenwärtig im Dienst, wie der Generalmajor Vandissin, der Oberst Aberkron und der Major Lüders, theils schon abgegangen, wie der Major Erabbe. — Der Probst Callissen hielt am Grabe

eine sehr ergreifende Rede. Er erinnerte daran, wie der jetzt Verstorbene, zur Zeit der Schleswig-holsteinischen Erhebung im Lazareth liegend, sich nicht halten ließ, sondern sich vom Krankenslager erhob und dem geliebten Vaterlande sofort seine Dienste anbot. Er hob hervor, wie er von dem Augenblicke an bis zu seinem Tode so treu zur Sache des Vaterlandes gestanden, daß jeder Kamerad und jeder Untergebene an ihm ein Exempel nehmen konnte. Freilich wäre sein Körper nicht stark genug gewesen, die Beschwerden des Krieges aus langer Zeit zu ertragen, aber treu und ausdauernd hätte er die Pflichten seines schweren Berufes erfüllt, selbst mit dem Bewußtsein, sein Ende dadurch zu beschleunigen. Der ganze Akt war ein sehr feierlicher und in dem Augenblicke, als die Compagnie drei Salven gab, mag wohl jedem Kameraden die Frage nahe getreten sein, ob für ihn die tödliche Kugel gegossen und wo sie ihn ereilen möchte. (H. E.)

**Schleswig-Holstein, 25. Januar.** Der Baron Eggers, der bekanntlich vom schleswigischen Ober-Criminalgericht zu einjähriger Festungs-Arrest verurtheilt worden ist, hat sich, wie es allgemein heißt, um dem Arm der Gerechtigkeit zu entkommen, nach Dänemark begeben. (Schl. J.)

## Oesterreich.

**Wien, 23. Januar.** Ein etwas nachlässiger, aber geldgeiziger Arzt in Pesth, erhielt zum neuen Jahre von einer geistreichen Dame nebst einem oblitagen Dankschreiben eine Rolle — Spielmünzen. Die Zeilen lauteten: „Herr Doctor, Sie spielten das Jahr hindurch mit meiner Gesundheit, ich mit dem Honorare.“

**Wien, 24. Januar.** Die Landesverfassung für das Kronland Mähren ist erschienen. Sie bestimmt für diese Provinz 90 Abgeordnete; wovon 30 von den Höchstbesteuerten gewählt werden. Für die Wahlen in Brünn, Olmütz, Jglau und Proßnitz ist ein Census von 10 Fl., für die andern von 5 Fl. bestimmt.

— Dem Erzherzog Johann wird folgende charakteristische Aeußerung in den Mund gelegt: Als die Volksmenge ihn in Graz begrüßte, sagte der Erzherzog: Da bin ich wieder — um zwei Jahre älter, aber um 30 Jahre reicher an Erfahrungen.

**Prag, 22. Januar.** Böhmen zählt auf einem Flächenraum von 1029 Quadratmeilen gegenwärtig 4,432,474 Einwohner, darunter sind etwas über 3 Millionen Tschechen. — Gestern wurde ein starker Transport mit 1000 Centnern Munition auf der Eisenbahn hierher befördert. Ein Theil wurde schon heute weiter nach Theresienstadt geführt, der andere folgt bald nach. — Das gelinde Thauwetter, das wir vor einigen Tagen hier hatten, hat sich abermals in eine grimmige, um nicht zu sagen sibirische Kälte umgewandelt. Seit drei Tagen haben wir hier 18, 20 — 22 Grad. Bereits wurden mehrere Leute erfroren gefunden.

— Die Opernsängerin Frau Küchenmeister-Rudersdorf giebt morgen hier ihre erste Gastdarstellung. Dem Bernehmen nach soll sie bereits ein Engagement mit unserem Theaterdirektor abgeschlossen haben. (Schl. J.)

**Prag, 25. Januar.** Gestern früh verfügte sich eine Deputation der Verehrer des Fürsten Windischgrätz, der vor zwei Tagen sammt seinen 3 Söhnen hier angekommen ist, zu demselben, überreichte ihm einen silbernen Lorbeerkranz und eine Dankadresse als Zeichen der Anerkennung der Verdienste, die der Fürst um die Erhaltung des österreichischen Kaiserstaates habe. Der Fürst empfing die Deputation sehr freundlich, vernahm sichtbar erregt die Adresse und dankte mit den herzlichsten Worten und der Aufforderung, sich seines Rathes und seiner Erfahrung jeder Zeit bedienen zu wollen. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die Bewohner Prags zu sprechen und theilte dieselben in 3 Klassen. Die erste Klasse bestehn aus jenen, die mit der Regierung Hand in Hand gehen und für die Aufrechterhaltung der Geseze und Ordnung sind, und diesen zählte er auch die Ueberbringer der Adresse bei; die zweite Klasse sei die der politisch Verirrten und die schöne Aufgabe der anwesenden Herren sei es, jene auf den rechten Pfad zu führen; die dritte Klasse sei die rebellische, verbrecherische Partei, für die es selbst in einer Republik Bajonette gebe. (Schl. J.)

— In der Woche vom 13. bis zum 20. d. sind in Prag neuerdings 15 Personen an der Cholera erkrankt, von denen 10 der Krankheit erlagen und nur 3 wieder genesen. Bei dieser Gelegenheit muß ich bemerken, daß seit einiger Zeit wieder die Zahl der Verstorbenen die der Genesenden übersteigt und daß überhaupt in Prag die Zahl der von der Cholera ergriffenen größer ist als auf dem Lande.

— Die Beamten-Wanderungen dauern noch immer fort; tagtäglich gehen viele Wagen mit Möbeln und anderen Sachen beladen, durch unsere Stadt, und auf der Eisenbahn sieht man auch viele Beamte ankommen und abgehen.

— Erzherzog Albrecht ist gestern nach Wien abgereist, kehrt jedoch dem Bernehmen nach bald wieder nach Theresienstadt zurück.

**Pesth, 19. Januar.** Heute sind 28 kaiserliche Offiziere, welche im Insurgentenheer dienten, aus dem Neugebäude unter Grenadier-Compagnie nach der Eisenbahn und sofort nach Szolnok abgeführt worden, von wo aus dieselben auf Vorspannwagen (welche nebenbei erwähnt, jetzt nicht mehr von Militär quittirt, sondern jedesmal gleich bezahlt werden müssen) nach Arad gebracht werden, um dort gerichtlich abgeurtheilt zu werden. (Wanderer.)

**Triest, 22. Januar.** Ein Reisender, der heute aus Dalmatien angekommen ist, spricht sich in sehr bedenklicher Weise über die Zustände in Cattaro, namentlich bezüglich des Suppanen-Distriktes aus. Laut seinen Mittheilungen scheint es fast unvermeidlich, daß es dort nächstens zu einem ernstlichen Ausbruche kommen werde. Die Suppaner, d. i. die Bewohner und die Bauern in den Umgegenden von Cattaro, welche hauptsächlich ihren Sitz in Budua haben, weigern sich seit einiger Zeit hartnäckig, die Steuern zu bezahlen. Weder die Civil- noch die Militär-Behörden konnten bis jetzt in diesem Bezug etwas ausrichten. „Der Kaiser braucht unser Geld nicht“, sagen die Suppaner öffentlich, und wir haben auch kein Geld. Wenn es Noth thut, so werden wir mit unserm Leben dienen; unser Blut geben wir her — Geld aber nicht, wir haben keines.“ — Dies ist ungefähre die Antwort, die sie gewöhnlich geben. — Wer diesen rüftigen Stamm der Suppaner, ihre Hartnäckigkeit, ihr fast kriegerisches Leben kennt, der wird sicher einsehen, daß durch diese Angelegenheit, Falls nicht beide Theile gewissermaßen ein wenig nachgeben, es zu ernstlichen Anstößen kommen kann.

Und dies um desto mehr, da die Suppaner, wie bekannt, mit den benachbarten Montenegriern in ausgehobener Verwandtschaft stehen. — Letzthin begaben sich nach Budua der Kreis Kapitän und der griechische Biskar (die Suppaner gehören alle zur neugriechischen Religion), um die angesehensten jener Einwohner doch zu vermögen, ihrer Pflicht nachzukommen, jedoch erzielten sie kein erfreuliches Resultat. Nächstens wird der griechische Biskop selbst sich dahin begeben, wahrscheinlich aber auch ohne einen besseren Erfolg zu erzielen. Die Stadt Cattaro hat ein ganz militärisches Ansehen; alle Straßen wimmeln von Soldaten und auf dem Plage sieht man 10 Feldkanonen und die nöthigen Munitionswagen. Alles schlagfertig. Es scheint fast sicher, daß nächstens dort und in den Umgebungen der Belagerungszustand proklamirt werde. — Derselbe Reisende erzählt auch, daß in Montenegro letzthin mehrere unruhige Auftritte sich ereignet haben, und daß eine Verschwörung gegen den Vladika selbst entdeckt worden sei. Unter dem Pallaste des Vladika wurde eine Pulvermine vorgefunden; den dabei Vertheiligten ist man aber bis jetzt nicht auf die Spur gekommen. Es scheint, daß die Hauptursache der Unzufriedenheit der Montenegriener gegen ihr Oberhaupt das strenge Verbot desselben sei, daß sie den Suppanen in den gegenwärtigen Streitigkeiten keine Hülfe leisten sollen.

**Triest, 23. Januar.** Heute um sechs Uhr früh ist der Dampfer „Custozza“ (Kap. Pren) nach Pirano abgegangen, um die dort stationirte Division des Regiments Hef einzuschiffen. Morgen früh gehen die anderen zwei Divisionen des zweiten Bataillons mit dem Regimentsstab auf dem „Curtatone“ nach Dalmatien ab. Der Kreis von Cattaro in Dalmatien, dessen Einwohner schon seit längerer Zeit die Steuern verweigern, ist in Belagerungszustand versetzt worden. Der „Gazetta di Zara“ zufolge wäre die militärische Expedition nach Cattaro im Ministerrathe unter Präsidium des Kaisers beschloffen worden, um der dort überhand genommenen Anarchie zu steuern. Die Nachricht widerspricht also der vorigen nicht.

— Die aktiven Truppen der Türkei haben, wie das „Journal de Constantinople“ behauptet, während des Jahres 1749 die Zahl von 350,000 Mann erreicht. Auch wurden in dieser Zeit 150 Kanonen gegossen und mit allem Zubehör der Armee zur Verfügung gestellt.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 22. Januar.** Aus Alsen ist hier die Nachricht per Telegraph eingegangen, daß das Alsfund zugefroren ist und würde somit ein Angriff von der Landseite her auf dieser Insel gegenwärtig nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehören; es dürfte sogar eine schwierige Aufgabe werden, diese für Dänemark strategisch so wichtige Insel zu behaupten, wenn ein Angriff mit einer starken Macht unternommen werden sollte; doch scheint man hier eine solche Eventualität nicht zu befürchten (was man allerdings mit gutem Gewissen kann.) (D. R.)

### Schweden.

**Neuenburg, 23. Januar.** Aus der amtlichen Untersuchung über den Kasernenbrand hat sich mit Wahrscheinlichkeit herausgestellt, daß das Feuer durch ein Ofenrohr der Wand mitgetheilt (also nicht von den Flüchtlingen veranlaßt) worden.

**Bern, 25. Januar.** Der englische Gesandte, Herr Lyons, hat dieser Tage von seiner Königin die Ernennung zum Admiral erhalten. — Der Geschäftsträger Preußens, Herr von Wildenbruck, rüstet sich zur Abreise.

### Frankreich.

**Paris, 26. Januar.** Nationalversammlung. Sitzung vom 26. Vorsitzender Baroche, Vicepräsident. — Die Diskussion über Aufhebung eines Dekrets der Konstituierenden, welches vom 1. Oktober 1850 die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterhaltung der Schüler der polytechnischen und der Militärschule angeordnet hatte, wird fortgesetzt, ohne jedoch viel Theilnahme zu erregen. Leberrier, der bekannte Astronom, Berichterstatter über das Gesetz, sucht zu beweisen, daß die Beibehaltung einer Pension für die Aufnahme in diese Anstalten das Prinzip der demokratischen Gleichheit nicht verlege und warnt vor der großen Anzahl von jungen Leuten, die sich bei der Unentgeltlichkeit der Ausbildung in diesen Anstalten zu den Prüfungen melden und deren Nichtaufnahme eine große Anzahl von Familien jedesmal in Kummer versetzen würde. — Der General de Lamociere erhebt sich mit Energie für die Unentgeltlichkeit. „Wie man früher seinen Adelsbrief zeigen mußte“, äußert er u. A.: „um in die Offizierschule aufgenommen zu werden, so muß man jetzt seine 1000 Frs.-Banknote zeigen. Wenn Ihr die Erziehung wirklich entwickeln wollt, so besteuert nicht die Intelligenz. Sonst wird man sagen, daß Ihr das Licht fürchtet. Man sagt: wir neigen uns zum Sozialismus. Es ist wahr, wir sind ein wenig liberaler als Herr v. Polignac.“ — Die Rede des Generals wird mit vieler Günstigkeit angehört, das Gesetz jedoch (also die Aufhebung der Unentgeltlichkeit) mit ziemlicher Majorität in erster Berathung angenommen und zur zweiten Berathung zugelassen.

— Der gelehrte und ehrwürdige Bischof von Rheims hat zu Gunsten des Unterrichtsgesetzes eine Denkschrift verfaßt und an den Papst abgesandt. Der Brief, mit dem sie übersendet ist, besagt, daß das Gesetz „sichere und beträchtliche Vortheile darbietet, indessen nicht vollkommene.“ Zwanzig Cardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe haben das Memoir unterzeichnet.

— Herr Thiers ist ohne Zweifel jetzt das unentbehrlichste Mitglied der gesetzgebenden Gesellschaft Frankreichs. Seine Unpäßlichkeit hindert ihn natürlich, bei der zweiten Diskussion des Unterrichtsgesetzes das Wort zu nehmen. Dasselbe ist nur seinerwegen 8 Tage aufgeschoben worden. Welcher Art auch die Ereignisse und Umwälzungen seien, das ächte Talent erringt sich immer wieder seine Stellung. Man erinnere sich, daß anfangs Herr Thiers nicht einmal zum Mitgliede der konstituierenden Versammlung gewählt war, sondern als Nationalgardist in einem fernem Theile von Paris Schildwache stand, während der ersten öffentlichen Sitzung! Damals hatte man lauter andre Namen, die als Retter und Götter des Volkes gepriesen wurden, die den Staat leiten sollten; sie brachen zusammen unter der Last ihrer Aufgabe. Und jetzt? Herr Thiers, von dem man weiß, daß er die Februar-Revolution in innerster Seele als den größten Frevel, als das größte Unglück Frankreichs betrachtet, Herr Thiers ist der, auf den Frankreich sein Auge mit dem überwiegendsten Vertrauen richtet.

**Paris, 25. Januar.** Schon wieder gehen beunruhigende Gerüchte über die Absichten der Exekutivgewalt gegen die National-Versammlung. Die neueste Veranlassung dazu ist eine große militärische Promenade, an

der Infanterie, Jäger von Vincennes und Artillerie gestern Theil nahmen und welche der Bevölkerung von Paris wie eine Reminiscenz des 29. Januar ausfiel. Ein legitimistisches Blatt giebt heute zu verstehen, man wolle durch die offene Entwicklung militärischer Massen Paris gegen die Vorstellung eines Staatsstreiches gleichgültig machen, um denselben alsdann um so leichter ausführen zu können. Unter den Arbeitern des Faubourg Saint-Antoine herrscht in Folge der Diskussion und Annahme des Gesetzes gegen die Juni-Insurgenten einige Aufregung, die jedoch keineswegs einen gefährlichen Charakter hat.

— In Verbindung mit den unaufhörlich wiederkehrenden Gerüchten von einem beabsichtigten Staatsstreich erregt ein neuer Vorschlag des Repräsentanten Pradie zur Erlassung eines organischen Gesetzes über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der übrigen Staatsbeamten nicht geringes Aufsehen. Dieser neue Vorschlag begreift nicht nur den früheren über Organisation des gesetzlichen Widerstandes im ganzen Lande für den Fall einer Verfassungsverletzung in sich, sondern entwickelt außerdem ein ganzes Staatsprojezt-System, gegen den Präsidenten der Republik und (wohl nur pro forma) auch gegen den Vice-Präsidenten, die Minister u. s. w. u. s. w. Bemerkenswerth sind die Schlussworte des Vorschlags: „Am 24. Februar 1848 war man plötzlich ohne König, ohne Pairskammer, ohne Deputirtenkammer, und wußte nicht, ob man sich unter der Monarchie oder unter der Republik befand. Es ist einleuchtend, daß, wenn irgend welche Organisation in der Voraussicht eines solchen Ereignisses bestanden hätte, wir nicht das Schauspiel gehabt haben würden, so viele Generale, Beamte, Generalräthe, Gemeinderäthe u. s. w. mit gekreuzten Armen der Wiederherstellung irgend einer Regierung aus der Ferne bewohnen zu sehen. Es ist nicht möglich, daß diese allgemeine Thatslosigkeit die Wirkung einer allgemeinen Abtrünnigkeit und Feigheit gewesen sei; sie lag vielmehr einzig und allein an unseren fehlerhaften Einrichtungen. Der Grundgedanke meines Vorschlags ist jetzt einleuchtend: „Keine Revolutionen mehr!“ — Pradie gehört der äußersten Linken an.

— Dreiundvierzig Soldaten eines zu Vincennes garnisonirenden Infanterieregiments sind wegen sozialistischer Tendenzen plötzlich nach Algerien geschickt worden.

— Die Bibliothek der Gefängnisse, welche durch die Aufforderung des Polizei-Präfekten, ihm Bücher hierzu zu schenken, begründet wurde, hat seit kurzem eine erstaunliche Vermehrung ihrer Brochüren und Bücher erhalten. Besonders sind es religiöse Schriften, die in Masse zufließen; die Geistlichkeit will das Ihrige zur moralischen Beredung der politischen Gefangenen beitragen.

### Spanien.

— In der Gegend von Los Arcos hat sich eine aus Spaniern und Portugiesen zusammengesetzte Bande von 70 wohlbewaffneten Reitern gezeigt. Diese Thatsachen haben wohl die Veranlassung zu dem am 17ten in Madrid verbreiteten Gerüchte einer in Vissabon ausgebrochenen Revolution gegeben.

### Italien.

**Rom, 17. Januar.** Eine Schaar von 55 Galeerensträflingen ist aus dem Gefängnisse a Termini (d. h. den Thermen des Diocletian) entkommen, wie man meint, durch Einverständnis mit einigen ihrer Wärter, von denen die übrigen trunken gemacht worden. Sie durchbrachen eine Mauer und gelangten so ins Freie. Unbegreiflich ist nur, daß die französischen Wachen Nichts bemerkten. Nach der Staats-Zeitung sollen viele wieder eingefangen sein, indeß ist die Furcht vor ihnen groß in der Stadt, die schon ohnehin täglich unsicherer wird. Es erneuern sich sogar die Ueberfälle französischer Schildwachen, deren eine ganz neuerdings ermordet auf ihrem Posten gefunden ward. Die französische „Mäßigung“ erlaubt nicht, strenge Maßregeln in Anwendung zu bringen. (D. Ref.)

### Vermischte Nachrichten.

**Stettin, 31. Januar.** Gestern empfing in einem hiesigen Betsaale unter großer Theilnahme der Gemeinde ein hier wohnhafter jüdischer Mann die heilige Taufe.

— Die mutmaßlichen Urheber des erwähnten großen Diebstahls von seidenen Stoffen sind bereits eingezogen, auch die Hehler, bei denen sich die Stoffe ohne Etiquette vorfanden, sind hier am Klosterhofe ermittelt worden. Durch die Entdeckung dieses Diebstahls sind auch die Thäter der bei den Herren May, sowie Krey & Dräger verübten Diebstähle ausfindig gemacht.

— Um die Posener Bahn wieder fahrbar zu machen, sind gestern 200 Mann Infanterie vom hiesigen 10ten Regiment und 100 Pioniere von der 2ten Pionier-Abtheilung zwischen Stargard und Arnswalde geschickt, wo solche Schneemassen sich aufgehäuft haben, daß es mit Hülfe dieser Mannschaften wohl zwei Tage bedarf um die Bahn frei zu machen.

— Bei der gestrigen Bormwahl eines Deputirten zum Erfurter Reichstage waren aus Stettin und dem Greifenhagenener Kreise 111 Wähler versammelt. Die meisten Stimmen erhielt Hr. Schul-Direktor Scheibert, nämlich 58, nach ihm Hr. Kaufmann Emil Rahm, 27. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich auf den General v. Brandt, 6 Stimmen, Kaufmann Fregzdorf 6 St., Minister Uhden, 10 St., Graf Schweinitz 4 St. Die heutige Wahl hat um 10 Uhr begonnen. Da im Ganzen ca. 170 Wahlmänner wählen, so läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit der Ausfall der Wahl angeben. Von dem hier ziemlich unbekanntem Assessor Wendt, der früher mit Hervorhebung genannt wurde, ist demnach Abstand genommen.

**Stargard, 29. Januar.** Bei dem gestrigen Schneesturm blieben sowohl der Stettiner, wie die Posener Eisenbahnzüge aus. Der Posener Zug ist bei Bronke stecken geblieben; der Morgenzug von Woldenberg kam bis auf eine Meile von hier, wo er gänzlich eingeschneet ist. Die Passagiere wurden endlich Abends spät auf Schlitten herbeigeschafft. — Der Nachmittagszug von Stettin, der gestern zur gewöhnlichen Stunde abgegangen ist, war heute Morgen 8 Uhr noch nicht hier. Der Zug blieb auf der Zwischenstation Carolinenhorst; die Lokomotive soll von dort aus allein vorgefahren sein, um Bahn zu brechen oder die Bahn zu unterjuchen, ist aber 1/2 Meile von hier in dem Durchschnitt bei Seefeld stecken geblieben.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

# Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1/2 Sgr.; frei in's Haus: 2/2 Sgr.

Insertionspreis 6 Pf. für die dreifache Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 26.

Donnerstag, den 31. Januar.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

## Einpaffirte Fremde.

Vom 29. Januar.

Hotel de Prusse. Gutsbesitzer v. Dabrowska aus Posen, v. Leers aus Mecklenburg; Superintendent Klamroth aus Pasewalk; Landrath v. Gerlach aus Berlin; Landrathin Frau v. Wedell aus Czemnow; Kammerherr Graf v. Radolinski aus Berlin.  
Hotel du Nord. Kaufleute Strelow aus Gollnow, Kämena aus Bremen, Degen, Wüger, Friedheim aus Berlin, Costenoble aus Leipzig; Schiffstavitain Juhr aus Lübeck; Hotelbesitzer Dürr aus Schwedt.  
Drei Kronen. Kaufleute Jenert aus Bielefeld, Sommer aus Bern, Gerlach aus Leipzig, Pirschberg aus Bromberg, Casper aus Jüelne, Casper aus Berlin; Medizinal-Assessor Dressler aus Königsberg.

## Innere Mission.

Heute Abend öffentlicher Vortrag in der Aula des Gymnasiums vom Predigtamts-Candidat Schwenker.

## Auktionen.

### Holz-Auktion.

Zum öffentlichen Verkauf von Bau- und Brennholz nach dem Meistgebot im Marienwälder Forstrevier bei Gollnow s. h. d. B. am Vormittags 10 Uhr hier im Forsthaus an:

- den 31ten Januar,
- 21ten Februar,
- 21ten März, und
- 25ten April 1850.

Der vierte Theil des Gebots muß gleich im Termine deponirt werden.

Marienwäde, den 18ten Januar 1850.

Der Marienwäde-Förster F. J. C. d. e.

## Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Ein Grundstück, 1/2 Meile von Stettin, 5 Morgen enthaltend, wobei eine Wiese, 1 Morgen groß, mit 2 Wohnhäusern, 2 Ställen, 1 Scheune, dicht an der Oder gelegen und sich besonders zu jedem Fabrikgeschäft eignend, ist billig zu verkaufen; auch können auf Verlangen 40 Morgen Feldacker zur Anlage einer Mülerei oder Bäckerei abgegeben werden. Näheres bei dem Handelsmann Wedell in Zülchow bei Stettin.

## Suzeigen vermischten Inhalts.

Ein großer brauner, an Brust und Füßen fein getigelter Hühnerhund, auf den Namen Flaqueur hörend, hat sich vor einiger Zeit verlaufen. Der Wiederbringer desselben erhält eine anständige Belohnung. Näheres in der Expedition d. Bl. — Vor dem Ankauf wird gewarnt.

## Heiraths-Ausstattungs-Berein für den Stettiner Regierungs-Bezirk.

Am 1sten Februar c., Nachmittags 1 Uhr, findet die General-Versammlung des hiesigen Ausstattungs-

Bereins im alten Stadtverordneten-Saale, Mönchenstraße No. 612, in Stettin statt, wozu sämtliche hiesige sowohl als auswärtige Vertreter der Mitglieder hiermit ergebenst eingeladen werden.

Auf der Tagesordnung stehen:

- 1) Jahresbericht pro 1849 und Rechnungslegung über dieses Verwaltungsjahr.
- 2) Antrag des Vorstandes wegen Anstellung von Beamten und Dotirung der Gehälter für dieselben.
- 3) Verbesserungs-Vorschläge, welche das Allgemeine betreffen.
- 4) Ausscheiden von 4 Mitgliedern diesseitigen Vorstandes und Wahl des Ersatzes für dieselben.

(NB. Laut §. 20 des Statuts sind die Ausscheidenden wieder wählbar.)

Stettin, den 18ten Januar 1850.

Die Direktion.

## Geldverkehr.

Einige Kapitalien, darunter Kirchen- und Kindergelder, sollen gegen pupillarische Sicherheit ausgeliehen werden. Selbstanleiher erfahren Näheres in der Expedition d. Bl.

## Vermischtes.

Breslau, 27. Januar. Am 23. d. M. traf der Lieutenant v. Caillac vom 22. Inf.-Regt. mit einem 20 Mann starken Kommando Jüsilere nach angestrengtem Marsche in Nimpsch ein, um der Civilbehörde bei Habhaftwerdung des berühmtesten Räubers Lauser, der im Oktober vor. J. aus dem Inquisitorial zu Schweidnitz entfrang und in neuester Zeit durch frische Räubereien und nächtliche Einbrüche die Einwohner des Münsterberger und Nimpscher Kreises in Schrecken setzte, hilfreiche Hand zu leisten. Noch in der Nacht vom 23. zum 24. entsendete der Lieutenant v. Caillac 1 Unteroffizier und 10 Jüsilere nach Gorfau, dem Wohnorte des Lauser, welcher ein so zeitiges Eintreffen der Mannschaften wohl nicht erwartet haben mochte, und nun mit mehreren seiner Complicen in ihrem Schlupfwinkel überrascht wurde. Nach heftigem Widerstande der Räuber gelang es den Jüsilieren mit Anwendung ihrer Waffen, den Lauser und zwei seiner Genossen, die aus dem Inquisitorial zu Strehlen entsprungenen Diebe Rademacher und Weiße, zu ergreifen und an das Landraths-Amt zu Nimpsch abzuliefern. Bei dem entwandenen Handgemenge erhielt Lauser eine Stichwunde, und Weiße zwei Schußwunden an Arm und Bein. Auf die Habhaftwerdung des Lauser hatte übrigens die Königl. Regierung zu Breslau eine bedeutende Prämie gesetzt. (Schl. 3.)

In Schweidnitz haben die Stadtverordneten beschlossen, daß die Thurmmützen, die am evangelischen Kirchensfest, am 1. Mai und an den Geburtsstagen des Königs und der Königin vom Stadtmusikus ausgeführt und jedesmal mit 6 Thlr. bezahlt wurden, gänzlich aufhören sollen. Der Magistrat war damit nicht einverstanden und wollte wenigstens an den königlichen Geburtsstagen vom Thurme blasen lassen, „weil die in Schweidnitz lebenden Pensionaire sich möglicherweise verlegt fühlen und ihren Wohnsitz von dort weg verlegen könnten.“ Die Stadtverordneten beharrten aber dabei, die ganzen 6 Thlr. zu streichen.

Landau, 21. Januar. Auf den Antrag des Forstamtes ist die vor einigen Tagen nach Albersweiler auf Exerction gelegte Compagnie heute zum größeren Theile in die Garnison zurückgekehrt. Nur 1 Offizier und 25 Mann sind zum Forstschutze zurückgeblieben. Die Ortsbehörde hat die Versicherung gegeben, allem Unfug kräftig entgegenzutreten zu wollen. (B. B.)

Hamburg, 27. Januar. In Nyborg ist auf telegraphischem Wege von Kopenhagen gemeldet, daß der größte dänische Dichter, Adam Dehleschlager mit Tode abgegangen ist. Ausgenommen Pobjagra, woran er in den letzten Jahren in der Winterzeit etwas litt, war er stets gesund und kräftig gewesen und sein Alter war seinem frischen Aussehen um mehr als zehn Jahre vorausgeeilt; nicht minder jugendlich war auch sein Geist bis zu seinem letzten Augenblicke geblieben. Erst vor einigen Wochen am Pobjagra wieder erkrankt, entwickelte sich dieses zu einer Art von Abzehrung und verzehrte schnell seinen sonst so kräftigen Körper. Sein Tod war ruhig und schmerzlos, und nur eine Stunde vor seinem Ende hatte er sich die

Sterbeszene aus seinem eigenen Werke „Socrates“ vorlesen lassen und darauf von seinen anwesenden Verwandten und Freunden mit der heitersten Seelenruhe Abschied genommen. So haben die schönen Künste und die Wissenschaften in den zwei letzten Jahren zwei große Verluste in dem kleinen Dänemark erlitten, durch den Tod Thorwaldsens und jetzt Dehleschlagers.

In Hannover singt Jenny Lind doch wieder im Theater, obwohl sie von diesem bekanntlich früher in der rührendsten Weise Abschied genommen hat. Es ist wahr, sie singt nur noch Concert ohne Kostüm, aber eben so wahr ist es, daß das dafür eingenommene Geld auch kein Blech ist. „Hör' ich nur den Klang des Goldes!“

In Wien erschien eine neue Faschingsposse von Neitroy: „Sie sollen ihn nicht haben.“ Jedoch das Publikum will sie (nemlich die Posse) auch nicht haben, und erklärt sie für eines der schwächsten Nachwerke des sonst so beliebten Komikers.

Es handelt sich jetzt nicht mehr bloß um einen unterseeischen elektrischen Telegraphen zwischen England und Frankreich, sondern um eine weit großartigere ähnliche Verbindung zwischen England und Amerika. Zu Newyork ist wenigstens von diesem Unternehmen die Rede, wofür man 3 Millionen Dollars (über 15 Millionen Fr.) verlangt, um damit unter das Wasser hindurch 36 mit Gutta Percha umgebene Kupferdrähte zu leiten, für deren 10jährige Dauer die Unternehmer garantiren wollen. Der Despendsdienst würde nach ihrer Ansicht schon in 20 Monaten beginnen können. Die Gesamtlänge der Drähte würde den vierfachen Erdumfang noch übertreffen. — Der etwas abentheuerlich scheinende Plan dürfte doch an der in der Praxis gemachten Erfahrung scheitern, daß die elektromagnetischen Telegraphen auf weitere Strecken ohne Zwischenstation wenigstens sehr unregelmäßig fungiren und mancherlei Störungen ausgesetzt sind.

Die Ueberlandpost bringt unter Andern Nachrichten über den Ausbruch des Vulkans Merapi auf Java in der Residentie Radoe, der am 14. September v. J. stattfand. Der Schaden ist zwar unter der Erwartung geblieben, jedoch sind gegen eine halbe Million Kaffeebäume vernichtet worden, die Erndte von ungefähr 330 Tabacksbäumen (bouns) ging verloren; auch die Indigocultur hat bedeutend dadurch gelitten. Von den Kaffeebäumen sind nicht weniger als 514,207 ganz vernichtet, und 348,487 Bäume so beschädigt worden, daß man ihre weitere Pflege wird aufgeben müssen. Laut officiellen Angaben sind 836 Gebäude, meist aber von geringem Werthe, eingestürzt, der größere Theil derselben wurde aber bereits wieder aufgerichtet, und die geflohenen Bewohner kehrten meistens schon wieder zurück. — In der Residentie Baglen stürzten zufolge anhaltender Plagregen Felsstücke und Erde von den Bergen herab, wodurch der Lauf

